



Soziales und Gesundheit

Selbstbestimmt in
allen Lebenslagen

MASK TENRA
2000
EN149:2001+A1:2014
M12000 - FFP2

Soziales und Gesundheit – Selbstbestimmt in allen Lebenslagen

Die Herausforderung

Bielefeld zeichnet sich durch ein außerordentlich breites Sozialangebot und ein hohes Leistungsniveau im sozialen Bereich aus. Doch trotz aller Bemühungen und einzelnen positiven Entwicklungen nehmen die sozialen Herausforderungen nicht ab, sondern in den letzten Jahren sogar weiter zu: Fast jedes vierte Kind in Bielefeld lebt in einem Haushalt, der auf Hartz-IV-Leistungen angewiesen ist. Der Anteil der betroffenen Kinder ist in den vergangenen Jahren weiter angewachsen. Dabei wird Armut noch viel zu häufig weitervererbt, denn nach wie vor hängt der Bildungserfolg von Kindern und Jugendlichen entscheidend vom sozialen Status und dem Bildungsgrad der Eltern ab.

Von den positiven Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt vor der Corona-Pandemie profitierten Langzeitarbeitslose nur geringfügig. Ihr Anteil an allen Arbeitslosen nahm in den letzten Jahren ebenfalls zu. Außerdem leben immer mehr Menschen im Alter von Grundsicherung. Dies sind einige Beispiele, wo wir als Freie Demokraten Handlungsbedarf sehen. Die Auswirkungen der Corona-Pandemie spannen nicht nur die kommunale Haushaltslage an, sondern gefährden viele Menschen in ihrer wirtschaftlichen Existenz. Dies stellt unseren Staat und die Stadt vor weitere soziale Herausforderungen.

Den Wert einer funktionierenden Gesundheitsversorgung hat die Corona-Pandemie deutlich werden lassen. Der alternden Gesellschaft gerecht zu werden und sich auf Pandemien noch besser vorzubereiten, sind die wesentlichen Herausforderungen im Gesundheitswesen.

Unser Kompass

Wir Freie Demokraten trauen den Menschen etwas zu – Kreativität, Fähigkeiten, Willen zu Leistung und Aufstieg. Unser Menschenbild: Die allermeisten Menschen wollen etwas leisten, für sich und für andere. Menschen haben nicht zu wenig Ehrgeiz, sie stehen vor zu vielen Hürden. Deshalb brauchen wir einen entfesselnden Sozialstaat. Seine zentrale Aufgabe wäre es, diese Hürden abzubauen. Ein entfesselnder Sozialstaat unterstützt die Bürger, sich unabhängig von ihrer Herkunft frei zu entfalten. Denn die große Mehrheit derer, die von der Solidargemeinschaft Hilfe bekommen, will nicht einfach nur versorgt werden: Sie wartet darauf, loslegen zu dürfen – und zwar ohne, dass ihnen der Staat weiter Steine in den Weg legt.

Unser Sozialstaat aber ist widersprüchlich. Zahlreiche seiner Instrumente schaffen neue Ungerechtigkeiten, sie binden und sie schränken ein, anstatt Chancen und Perspektiven zu schaffen. Das macht ihn teuer, ineffizient, intransparent und ungerecht. Gute Sozialpolitik zeichnet sich nicht allein dadurch aus, immer mehr Geld auszugeben. Stark ist der Sozialstaat dagegen, wenn er diejenigen zielgerichtet und mit passgenauen Angeboten unterstützt, die es noch nicht oder nicht mehr ohne die Unterstützung der Solidargemeinschaft schaffen und ihnen dabei Aufstiegschancen eröffnet.

Kommunale Gesundheitsämter haben eine große Verantwortung und erfüllen zentrale Aufgaben des Gemeinwesens. Wir treten daher für eine Stärkung der kommunalen Gesundheitspolitik ein.

Unsere Maßnahmen – Was zu tun ist:

→ **Bessere Sozialpolitik für Bielefeld**

191. **Sozialpolitik als Querschnittsthema verstehen.** Soziale Herausforderungen lassen sich nicht allein mit sozialpolitischen Maßnahmen im originären Sinne begegnen. Es muss auch in allen anderen politischen Handlungsfeldern stets der sozialpolitische Blickwinkel mitgedacht werden. Eine wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik und qualitativ gute Bildungspolitik sind nur zwei Beispiele, die einen Beitrag zur Bekämpfung von sozialen Problemen leisten. So haben wir uns als Freie Demokraten bereits in der vergangenen Ratsperiode beispielsweise für die Schaffung eines vergünstigten Schultickets, kostenlosen Eintritt für Kinder in den Kultureinrichtungen und für eine Stärkung von Sprachangeboten stark gemacht. Wir wollen auch weiterhin Sozialpolitik als Querschnittsthema denken, daher wollen wir unter anderem auf eine stärkere Koordination sowie Absprache zwischen den Schul- und Sozialdezernat drängen. Darüber setzen wir uns dafür ein, einen institutionenübergreifenden Maßnahmenkatalog zu erarbeiten.
192. **Koordiniert und zielbewusst planen.** Gute Sozialpolitik zeichnet sich für uns auch dadurch aus, die begrenzten finanziellen Mittel der Stadt möglichst sinnvoll und zielgenau einzusetzen. Wir wollen alle sozialen Angebote und die Prozesse in der Sozialverwaltung systematisch erfassen, analysieren und vereinfachen. Doppelzuständigkeiten, Parallelarbeiten, Zugangsschwierigkeiten und vieles mehr, führen zu ineffizienten Ausgaben, die keinen sozialen Mehrwert bieten. Auch bei der Erfüllung von Pflichtaufgaben können Prozesse verschlankt und unnötige Bürokratie abgebaut werden, ohne dass die Hilfeleistungen für Bedürftige eingeschränkt werden. Unser Ziel ist es, dass durch eine koordinierte und zielbewusste Planung mehr Geld für sinnvolle Sozialmaßnahmen, die dem Einzelnen helfen, ausgegeben wird. Hierzu gehört auch eine effiziente Erfolgskontrolle. Diese steckt häufig noch in den Kinderschuhen.
193. **Trägervielfalt sichern und Arbeit der sozialen Träger stärken.** In Bielefeld gibt es viele Träger von im weitesten Sinne sozialen Maßnahmen, die eine sehr wertvolle Arbeit leisten. Es gibt jedoch trotzdem Verbesserungsbedarf bei der Transparenz und Koordination der Träger untereinander und bei den Evaluierungen der Projekte. Soziale Angebote, die freie Träger durchführen können, sollen konsequent und transparent ausgeschrieben werden. Sozialverbände sollen aufgrund ihrer fachlichen Expertise Vorrang vor der Selbsterbringung durch die Stadt haben. Die Kompetenz der Sozialverbände wollen wir stärker in den inhaltlichen Austausch mit der Sozialverwaltung bringen. Die Vergabe soll transparent und nach klaren Regeln erfolgen. Auf eine ausreichende Vielfalt unterschiedlicher Träger ist dabei zu achten.

194. **Sozialmittel verantwortungsvoll einsetzen – Experiment Grüner Würfel beenden.** Die letzten Jahre haben gezeigt, dass der Grüne Würfel auf dem Kesselbrink eine Fehlplanung ist. Um nun die Fehlinvestition zu kaschieren, wurde mit den Stimmen von SPD und Grünen beschlossen, dass in einer Übergangsphase offene Jugendarbeit im Grünen Würfel angeboten wird. Wir lehnen dieses Experiment ab. Kinder- und Jugendarbeit sollte nicht in unmittelbarer Nähe zur Drogendealerszene stattfinden. Zudem ist die Nutzung des Grünen Würfels durch die hohen Unterhaltskosten des Gebäudes übermäßig teuer, die Räumlichkeiten sind nicht gut geeignet und die Finanzierung aus dem Integrationsbudget ist nicht sachgerecht. An anderer Stelle könnte man mit den Geldern deutlich mehr für Jugendliche erreichen.
195. **Wirksamkeit von sozialen Leistungen sicherstellen.** Bei den freiwilligen Leistungen der Stadt wollen wir auf die Formulierung überprüfbarer Ziele durch die Verwaltung drängen. Durch Lernen von anderen Städten und mit Hilfe externer Experten wollen wir die Erfolgskontrolle verbessern. Damit wollen wir sicherstellen, dass die sozialen Maßnahmen der Stadt nicht an den eigentlichen Herausforderungen vorbeilaufen, sondern zielgenau ankommen.
196. **Sozialmittel nicht zweckentfremdet einsetzen.** Die Stadt erhält sowohl Landes-, Bundesmittel als auch Mittel aus öffentlichen Fördertöpfen. Es kam in der vergangenen Amtsperiode vor, dass die rot-grüne Koalition solche Mittel zweckentfremdet eingesetzt hat. Beispielsweise beim integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzept (INSEK) in Baumheide, wo einer der kostenintensivsten Punkte die Modernisierung des Halhofs war, oder auch bei der Mittelverwendung des Integrationsbudgets, bei dem ein großer Anteil in Projekte floss, die primär keinen Integrationszweck verfolgten. Wir setzen uns für eine transparente und zweckentsprechende Verwendung von öffentlichen Geldern ein, damit sie dort ankommen, wo sie hingehören.
197. **Initiativoffensive gegen Kinderarmut starten.** In Bielefeld ist die Kinderarmut in den vergangenen Jahren immer weiter angewachsen. Hinzukommt, dass Armut viel zu häufig weiter vererbt wird. Durch einen starken politischen Fokus auf Bildung möchten wir Kindern und Jugendlichen Aufstiegschancen und Perspektiven eröffnen. Gleichzeitig soll sich aus diesem Grund die Stadt verstärkt gegen Kinderarmut stark machen. Hierzu soll die Stadt eine gemeinsame Initiative mit den verschiedensten Akteuren wie Schulen und sozialen Träger starten, um Verbesserungsmöglichkeiten zu identifizieren und einen institutionsübergreifenden Maßnahmenkatalog zu erarbeiten.
198. **Schulsozialarbeit systematisch durchführen.** Wir wollen ein systematisches Konzept für die Schulsozialarbeit. Aufgaben, Ziele und Umfang je Schule müssen konsistent und nachvollziehbar im Zusammenwirken mit Schulleitung, Lehrerschaft, Eltern und Schülerinnen und Schülern festgelegt und auf die Stadt angewendet werden. Mit einer durch die Stadt moderierten Vernetzung zwischen den Schulsozialarbeitern aller Träger und Schulen sollen Erfolgsbeispiele kommuniziert und ein Austausch vertieft werden.

199. **Bildung als Schlüssel.** Gut ausgestattete Schulen sind eine gute Sozialpolitik. Wir wollen neben unserer Prioritätensetzung auf Bildung insbesondere Schülerinnen und Schüler fördern und fordern, die keinen Schulabschluss erreichen konnten (siehe Kapitel Bildung).
200. **Analphabetismus bekämpfen.** Wir haben mehr funktionale Analphabeten in Bielefeld, als wir glauben. Diesen Menschen, die kaum lesen und schreiben können, bleiben viele Chancen versagt. Jede Kommune ist von dieser Problematik betroffen. Wir setzen uns für einen Pakt von Schulen, Volkshochschulen, Betrieben und Sozialämtern ein, um gemeinsam funktionalen Analphabetismus beständig und nachhaltig zu bekämpfen. Migranten sind eine Zielgruppe, die verstärkt in den Fokus genommen werden soll.
201. **Offene Kinder- und Jugendarbeit stärken.** Wir setzen uns für den Erhalt und die Entwicklung bedarfsgerechter Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit der Verbände ein. Neben den Betreuungseinrichtungen bieten sie pädagogisch sinnvolle Freizeitangebote an und leisten insbesondere in Vierteln mit erhöhtem Entwicklungsbedarf unverzichtbare Beiträge zur Integration.
202. **Politische Neutralität gewährleisten.** Wir wollen, dass Kinder- und Jugendbetreuungsleistungen, wie zum Beispiel in der OGS und der offenen Jugendbetreuung, nicht ideologie- und politiknah erfolgen. Nichts spricht gegen politische Bildung, allerdings muss diese stets politisch-weltanschaulich neutral erfolgen, damit sich Kinder und Jugendliche frei entwickeln können. Um dies zu gewährleisten, sollen die Träger mit Hilfe eines Kodex zur politischen Neutralität verpflichtet werden.
203. **Entwicklungsgesellschaft REGE evaluieren und weiterentwickeln.** Die Entwicklungsgesellschaft REGE befasst sich aktuell mit einem sehr diversen Aufgabenspektrum. Wir wollen dies evaluieren und prüfen, welche Aufgaben sinnvoll bei der REGE aufgehoben sind. Unter anderem wäre eine stärkere Fokussierung auf die Einbindung von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt zu prüfen.
204. **Kinder besser schützen.** Im Rahmen eines Gesamtkonzeptes „Schutz vor Gewalt gegen Kinder“ wollen wir verbindliche Qualitätsstandards im Bereich Prävention von und zum Schutz vor sexualisierter Gewalt entwickeln und für die Kinder- und Jugendarbeit in Bielefeld vereinbaren. Die Umsetzung bei Angeboten der freien Träger wollen wir zum Bestandteil der Leistungsvereinbarungen zwischen der Stadt Bielefeld und den freien Trägern machen.

➔ **Mehr Chancen für Menschen mit Behinderung schaffen**

205. **Wahlfreiheit der Lebensentwürfe ermöglichen.** Menschen mit Behinderung sollen Wahlfreiheit über die individuelle Gestaltung des eigenen Lebens haben. Wir möchten, dass Menschen mit Behinderung soweit wie möglich selbst über die Form der Leistungserbringung an sie entscheiden und wollen uns zudem für die Wahlfreiheit zwischen stationärer Einrichtung, betreutem Wohnen und Wohngemeinschaften einsetzen.

206. **Verbesserte Begleitung volljähriger Menschen mit Behinderungen in Hilfesysteme.**

Die soziale und medizinische Betreuung von Kindern mit Handicap ist oft gut organisiert. Im Mittelpunkt der Inklusionsdebatte steht immer noch die schulische Inklusion (siehe Kapitel Bildung). Mit Erreichen der Volljährigkeit stehen die bekannten Ansprechpartner und Hilfesysteme jedoch nicht mehr zur Verfügung und die Betroffenen und ihre Familien müssen sich mühsam ein neues Hilfesystem aufbauen. Dabei ist die Berufsausübung ein wichtiger Aspekt gesellschaftlicher Teilhabe. Wir wollen eine Begleitung zur Unterstützung der Betroffenen, die gut über freie Träger organisiert werden kann. Mehr Menschen mit Behinderung sollen den Weg aus den Behindertenwerkstätten in Integrationsunternehmen oder auf den ersten Arbeitsmarkt finden. Dabei stehen Selbstbestimmung und Inklusion im Vordergrund. Jeder Mensch mit Handicaps soll individuell gefördert und ein passendes Arbeitsangebot erhalten. Damit das gelingt, brauchen viele Unternehmen entsprechende Unterstützung.

207. **Barrierefreiheit schaffen.** Als Freie Demokraten setzen wir uns für eine echte Barrierefreiheit in Bielefeld im kompletten öffentlichen Raum ein (siehe auch Kapitel Stadtentwicklung). Das schließt auch die Kommunikation zwischen Bürgerinnen und Bürgern und der Verwaltung ein. Öffentliche Gebäude wollen wir noch besser für sehbehinderte Menschen zugänglich machen. Dafür wollen wir alle öffentlichen Gebäude der Stadt Bielefeld durchgängig mit Tafeln in Braille-Schrift ausstatten und zusätzlich die Installation einer optischen Wegeführung durch ein gut sichtbares Farbleitsystem prüfen.

→ **Gesundes Bielefeld – Wichtiger denn je**

208. **Wohnortnahe medizinische Versorgung sicherstellen.** Gerade in Außenbezirken ist die Versorgung mit Haus-, Kinder- und Frauenärztinnen und -ärzten häufig nicht zufriedenstellend. Wir wollen, dass sich Ärztinnen und Ärzte in der Nähe der Wohnorte der Bielefelderinnen und Bielefelder neu ansiedeln und dort auch bleiben. In Kooperation mit der kasernenärztlichen Vereinigung ist eine Maßnahmenplanung zur Anwerbung von Ärztinnen und Ärzten zu konzipieren und umzusetzen.

209. **Vorbereitung auf Pandemien verbessern.** Die Verbreitung des Coronavirus hat gezeigt, wie verletzlich das öffentliche Leben ist. Darauf muss Bielefeld zukünftig besser vorbereitet sein. Wir brauchen einen schlagkräftigen und agilen öffentlichen Gesundheitsdienst. Um auf Krisenlagen künftig schneller und effizienter reagieren zu können, soll ein konkreter Pandemieplan für Bielefeld erstellt werden. Grundlage ist ein Runder Tisch, der im Nachgang zur Corona-Pandemie die Ergebnisse zusammenträgt, Verbesserungsmöglichkeiten identifiziert und auf dieser Basis neue Richtlinien für die Krankenhäuser, Praxen und die Notfallversorgung erarbeitet.

210. **Drogenkonzept fortlaufend weiterentwickeln.** Durch die bestehenden Drogenkonsumräume, die Substitutionsambulanz, das Methadon-Programm und verschiedene Suchtberatungen stehen vielfältige Möglichkeiten der Betreuung und Beratung der drogenabhängigen, kranken Menschen zur Verfügung. Wir wollen, dass das Drogenkonzept der Stadt Bielefeld laufend an die aktuelle Situation angepasst und aktualisiert

wird. Dazu ist die regelmäßige Evaluierung notwendig ebenso wie eine intensive Beratung, um die Situation der Betroffenen zu lindern und Hilfsmöglichkeiten zu eröffnen.

211. **Cannabis in Apotheken.** Cannabis ist die am häufigsten genutzte illegale Droge. Oft handelt es sich um einen nur gelegentlichen Konsum. Ohne die Augen vor möglichen gesundheitlichen Schäden zu verschließen, wollen wir ein Hauptgeschäftsfeld für kriminelle Dealer trockenlegen. Wir wollen, dass Erwachsene in Bielefeld Cannabis in speziell dafür zugelassenen Apotheken erwerben können. Wir werden uns für eine entsprechende gesetzliche Regelung einsetzen und wollen zudem prüfen, ob dies über einen Modellversuch möglich ist.
212. **Mehr Kurzzeitplätze in der Pflege schaffen.** Der Bedarf an Kurzzeitpflege nimmt weiter zu. Sie ermöglicht, dass Pflegebedürftige länger in ihrer vertrauten Umgebung leben können, da so im Falle einer Erkrankung oder nach einem Krankenhausaufenthalt der vorübergehend erhöhte Betreuungsbedarf abgedeckt werden kann. Für pflegende Angehörige ist die Kurzzeitpflege zudem eine ganz wichtige Entlastung. In Bielefeld stehen 271 Plätze für die Kurzzeitpflege zur Verfügung. Das ist ein Platz für rd. 52 Pflegebedürftige. Im NRW-Vergleich (31,4) ist Bielefeld damit schlechter aufgestellt. Im Rahmen der kommunalen Pflegeplanung setzen wir uns daher für einen Ausbau der Kurzzeitpflege ein. Innovative Vergütungsmodelle sind hierfür zu prüfen.
213. **Heimaufsicht verbessern.** Die Vorgänge um den Legionellenbefund und damit zusammenhängende Erkrankungen und Todesfälle in einem Seniorenheim in Baumheide haben gezeigt, dass die kommunale Heimaufsicht ihrem Auftrag nicht gerecht werden konnte. Wir wollen die Vorgänge auch durch Externe untersuchen lassen, Verbesserungsmöglichkeiten identifizieren und umsetzen.
214. **Handwerkerparkausweis auch für ambulante Pflegedienste einführen.** Wir wollen ambulanten Pflegediensten Parkausweise zur Verfügung stellen, damit Pflegekräfte die zu betreuenden Klienten schnell und ohne finanzielle Einbußen erreichen können.
215. **Pflegende Angehörige stärken.** Selbsthilfegruppen und Beratungsangebote für pflegende Angehörige wollen wir fördern und prüfen, wie wir Angehörige besser in den Planungsprozess zur Pflege integrieren können.
216. **Aufklärung, Prävention und Früherkennung bei psychischen Erkrankungen stärken.** Psychische Erkrankungen sind häufig und werden oft unterschätzt. Darüber hinaus sind sie immer noch mit hohen Tabus und Stigmata belegt. Oft kommt es zu einem Suizid. Studien haben zeigen können, dass die Suizidrate im Rahmen einer Aufklärung rückläufig war, aber wieder ansteigt, als die Aufklärungsaktivitäten beendet waren. Wir wollen in der kommunalen Gesundheitskonferenz diskutieren, wie Aufklärung, Prävention und Früherkennung bei psychischen Erkrankungen durch kommunale Maßnahmen verbessert werden können.

217. **Hebammenausbildung in Bielefeld ermöglichen.** Bielefeld ist eine wachsende Stadt mit einer steigenden Zahl von Geburten. Die Mütter benötigen die Unterstützung von Hebammen vor, während und nach der Geburt. Aber durch hohe Versicherungsbeiträge haben viele freie Hebammen ihre Tätigkeit reduziert oder ganz aufgegeben. Durch die Akademisierung der Ausbildung ergibt sich für Bielefeld die Möglichkeit, durch den Aufbau einer eigenen Ausbildungsstätte einen Klebeffekt auszulösen. Wir wollen es daher zu einem gesundheitspolitischen strategischen Ziel machen, eine akademische Ausbildung zum Hebammenberuf in Bielefeld zu ermöglichen. Zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Hebammen wollen wir einen speziellen Parkausweis für Hebammen einführen.